



Medienkommentar

Wer ist schuld an der Ukraine-Krise? Ein Rückblick.



seit Julia Timoschenko, Multi-Milliardärin, Ex-Regierungschefin der Ukraine und bis vor kurzem wegen Amtsmissbrauch inhaftiert, auf freiem Fuß ist...

Guten Abend geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer,

seit Julia Timoschenko, Multi-Milliardärin, Ex-Regierungschefin der Ukraine und bis vor kurzem wegen Amtsmissbrauch inhaftiert, auf freiem Fuß ist, gibt sie scharfe Töne über Russland und Putin von sich.

In einem Interview mit der BILD-Zeitung dämonisiert Timoschenko Präsident Putin regelrecht und vergleicht ihn mit einem kriegstreibenden Terroristen, um ihn als Schreckgespenst in den Köpfen der westlichen Bevölkerung zu verankern. Putin habe psychische Probleme, weil er behauptet schwer bewaffnete terroristische Kommandos hätten auf dem Maidan gekämpft. Genau daran besteht, aber laut verschiedensten Augenzeugen und unseren Medienkommentaren vom 01.03 und 06.03.2014 durch Liveaufnahmen keinerlei Zweifel. Timoschenko urteilt weiter: "Der größte Fehler ist, dass Putins Aggression gegen die Ukraine als lokaler Konflikt gesehen wird." Putin zettele einen Weltkrieg an. Doch wer hat die Ukraine in die Enge zwischen EU und Russland getrieben? War es wirklich Putin der die Krise ins Rollen gebracht hatte, während er in der Zeit der Olympischen Spiele in Sotschi "in Atem gehalten" wurde?

Um diese Frage zu beantworten, gilt es, noch mal auf den Beginn der Ereignisse zurückzuschauen:

Am 21. November 2013 traf die ukrainische Regierung die Entscheidung, die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU auszusetzen, wies aber ihre Ministerien an, dreiseitige Gespräche unter Beteiligung von Russland und der EU zu Handels- und Industriefragen aufzunehmen. Noch am gleichen Abend flammten erste Proteste auf dem Maidan, angestachelt durch die Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk, Vitali Klitschko und Oleg Tjanibok, auf.

Am 24. November 2013, nur 3 Tage später, wird bereits ein Amtsenthebungsverfahren gegen den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch wegen Hochverrats angestrebt, sollte das Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnet werden.

Nach bereits vielen blutigen Auseinandersetzungen wurde am 21. Februar 2014 eine Vereinbarung zwischen Präsident Janukowitsch und der Opposition getroffen, welche auch die Außenminister der Bundesrepublik Deutschlands, Polens und Frankreichs mit unterzeichnet haben. Die offizielle ukrainische Regierung hat sich an die Vereinbarungen gehalten, während die Opposition keinen der vereinbarten Punkte einhielt z.B. die sorgfältige Aufklärung der Gewaltakte auf dem Maidan.

Bereits jetzt können wir feststellen, dass schon vor dem Assoziierungsabkommen



destabilisierende Kräfte am Werk waren und nicht etwa Putin einen Weltkrieg anzettle. Dies bestätigt der ukrainische Geheimdienst-Chef Alexander Jakemenko persönlich. Die Vorbereitungen zum Staatsstreich in Kiew liefen bereits lange davor und radikale Kämpfer wurden in militärischen Trainingslagern unter dem pro-amerikanischen Präsidenten Juschtschenko zwischen 2004 und 2010, für diesen Zweck ausgebildet. Alle Befehle für die Opposition wurden sowohl aus der US-Botschaft, als auch aus der EU-Vertretung in Kiew erteilt.

Als am 22. Februar 2014 der ukrainische Staatspräsident Viktor Janukowitsch für abgesetzt erklärt wurde, lehnte sich die russischstämmige Bevölkerung der Krim gegen die ins Amt geputschte Übergangsregierung der Ukraine auf und stimmte mit 96,77 Prozent am 16. März 2014 für die Wiedervereinigung mit Russland. Sofort verschrien die Westmedien gebetsmühlenartig dieses Referendum als völkerrechtswidrig, obwohl es in vollständiger Übereinstimmung mit der UN-Charta stand.

In den Wochen nach dem 22. Februar eskalierte die Gewalt auf dem Maidan. Radikale, aus dem Westen finanzierte Extremisten attackierten ukrainische Sicherheitskräfte. Viele davon starben, verbrannten durch Brandsätze dieser "friedlichen Demonstranten" oder wurden gar durch Scharfschützen getötet. Der Westen schleuste mit "diplomatischen Sendungen" in 2 Monaten Millionen von Dollar in bar nach Kiew um den Putsch zu finanzieren.

Julia Timoschenko lehnt sich weit aus dem Fenster und behauptet Putin versuche, die Weltordnung in Chaos zu verwandeln und zeichne die Weltkarte durch Kriege, Massenmord und Blut neu. Selbst die Scharfschützen auf dem Maidan soll er engagiert und kommandiert haben. Dass letzteres schlichtweg eine Lüge ist, beweist u.a. ein öffentlich gewordenes Telefonat zwischen Estlands Außenminister Paet und EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton, aus dem klar hervorgeht, dass die Opposition selbst diese Scharfschützen angeheuert hat.

Werfen wir aber noch einen Blick in die Aussagen des Geheimdienst-Chefs Jakemenko, der als Augenzeuge beobachtet hat, dass lange Jahre zuvor CIA-Mitarbeiter in seinen Räumen saßen und die ihnen dort zur Verfügung gestellten Dokumente bewerteten und demnach die Krise von langer Hand sorgsam vorbereiteten.

All diese Fakten zeugen eindeutig: Putin, der nun von der gesamten westlichen Welt dämonisiert und verantwortlich für die Eskalation in der Ukraine gemacht wird, war nicht der Auslöser dafür.

Es ist nicht mehr zu übersehen, das Kriegstreiber Nummer 1, die USA und ihre Vasallen, sowie die dahinter stehenden Mächte die Ukraine-Krise geplant und verursacht haben – mit einem Plan: "Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr" Das geostrategische Ziel Amerikas ist und bleibt daher die Trennung der Ukraine von Russland, wodurch Russland zu einer "bedeutenden Mittelmacht", anstatt Weltmacht degradiert würde, sagt Zbigniew Brzezinski, maßgeblicher Förderer Obamas und einer der größten Geostrategen hinter der expansiven und aggressiven Politik der USA. Putin durchschaut diesen Plan. Grund genug um ihn in aller Welt aufs äußerste zu Verhetzen. Vor einem haben sie aber Angst, diese Kriegstreiber hinter den Kulissen, vor Menschen die ihren hinterhältigen Plan zur Weltherrschaft durchschauen. Einen können sie verhetzen – Millionen nicht. Sorgen wir also dafür dass Millionen von Menschen diese Hintergründe erfahren und



dagegen aufstehen, bevor es zu einem weltumspannenden Krieg kommt. Das aktuelle Pulverfass in der Ukraine bietet gefährlich Anlass dazu.

Schalten Sie wieder ein – bis zum nächsten Mal. Auf Wiedersehen.

von pb.

Quellen:

http://www.auswaertiges-

amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle Artikel/Ukraine/140221 Ukraine-

Vereinbarung.htmlhttp://www.bild.de/politik/ausland/julia-timoschenko/ukrainische-ex-

regierungschefin-ueber-die-putin-rede-

35126050.bild.htmlhttp://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Proteste-in-der-

Ukraine/20131203http://media.mid.ru/video/2467.mp4http://de.ria.ru/politics/20140317/268050290 .htmlhttp://www.macht-steuert-wissen.de/artikel/187/wurde-bereits-1997-durch-die-usa-eine-

verschwoerung-gegen-di.phphttp://www.faz.net/aktuell/politik/ashton-telefonat-abgehoert-werwaren-die-scharfschuetzen-auf-dem-majdan-12833560.html

Das könnte Sie auch interessieren:

#Ukraine - www.kla.tv/Ukraine

#UkraineKonflikt - Aktuelle Ereignisse in der Ukraine - www.kla.tv/UkraineKonflikt

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- → was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- → wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- → tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz: © Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.